

27.01.2021

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9803

Auf dem linken Auge blind: Der Verfassungsschutz darf reziproke Bezüge zwischen Grüner Jugend, den Jusos und dem Phänomenbereich des Linksextremismus nicht weiter ignorieren!

Berichterstatter

Abgeordneter Daniel Sieveke

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der AfD - Drucksache 17/9803 - wird abgelehnt.

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der AfD - Drucksache 17/9803 - wurde am 25. Juni 2020 einstimmig an den Innenausschuss überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen.

Die Fraktion der AfD will erreichen, dass der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen methodische Doppelstandards in der Anwendung amtlicher Analysekatégorien beseitigt und Bezüge ideologischer, struktureller oder auch symbolpolitischer Art zwischen Grüner Jugend, den Jusos und dem Phänomenbereich des Linksextremismus in den Blick nimmt. Sofern sich hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen finden, sollen die Grüne Jugend und/oder die Jusos als Verdachtsfall eingestuft werden. Die Leitung des Landesverfassungsschutzes soll einer Befangenheitsprüfung unterzogen werden, sofern diese eine Prüfung der genannten Organisationen nicht vornimmt.

B Beratung

Der Innenausschuss hat sich mit dem Antrag in seinen Sitzungen am 30. Juni 2020, 19. November 2020 und 14. Januar 2021 befasst.

In der Sitzung am 30. Juni 2020 wird eine Anhörung von Sachverständigen beschlossen, die am 19. November 2020 durchgeführt wird. Die geladenen Sachverständigen sind der Einladung 17/1565 zu entnehmen.

Die Sachverständigen waren gebeten, im Vorfeld der Anhörung schriftlich Stellung zu dem Antrag zu nehmen. Dem Innenausschuss lagen zur Anhörung mit Stellungnahme 17/3230 die Einschätzung von Professor Dr. habil. Albert Scherr, Pädagogische Hochschule Freiburg, sowie mit Zuschrift 17/538 die Einschätzung von Professor Dr. Michael Elicker vor.

In der Anhörung am 19. November 2020 nahmen diese beiden Sachverständigen zudem mündlich Stellung. Die Anhörung ist mit Ausschussprotokoll 17/1216 dokumentiert.

Die Auswertung der Anhörung sowie die abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung finden am 14. Januar 2021 statt.

In der Sitzung führt die Fraktion der AfD anhand von Beispielen aus, dass die Bezüge der Grünen Jugend und der Jusos in den Phänomenbereich des Linksextremismus offensichtlich seien. Mischszenen hätten sich in diesem Bereich etabliert.

Anfragen aus der Fraktion der AfD seien Anlass gewesen, dass der Verfassungsschutz sich zwischenzeitlich genötigt gesehen habe, Begriff und Methodik zur Einordnung zu ändern. Ein Interesse von Politik und Verfassungsschutz an dem Phänomen liege dennoch nicht vor. Grüne Jugend und Jusos würden zwischenzeitlich ihre Kooperationen bzw. Übernahmen extremistischer Positionen ausweiten. Folglich sei ihrem Antrag zuzustimmen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konstatiert, dass sich die AfD immer wieder, auch in anderen Bundesländern, an der Grünen Jugend und dem Verfassungsschutz abarbeiten würde. Auch unter Verweis auf Ausführungen des Sachverständigen Professor Dr. Scherr betrachtet die Fraktion die Anwürfe der AfD-Fraktion als haltlos. Zudem sei es für die GRÜNEN extrem absurd, dass eine Fraktion, die selbst extremistische Bezüge aufweise, Anträge dieses Inhalts in den parlamentarischen Raum stelle. Dies könne allenfalls als Versuch, von eigenen

extremistischen Bezügen abzulenken, gewertet werden. Diese Strategie werde aber nicht verfangen.

Sie betrachte sehr wohl den Bereich des Linksextremismus, entgegnet die Fraktion der CDU, und erinnert beispielhaft an die Diskussion um den Hambacher Forst und an das Programm „left“. Die Vorwürfe gegenüber den Jusos macht sich der Redner in Teilen zu eigen. Gewisse Plakataktionen der Grünen Jugend sehe er ebenfalls mit Bedenken. Er vermisse eine Distanzierung vom Extremismus jeglicher Art. Inzwischen gebe es Warnungen vor einer neuen links-extremen Terrorzelle. Will man von einem Konsens der Demokraten sprechen, verbinde die Fraktion damit die Erwartung von einem Zusammenstehen in alle Richtungen. Das Problem des Linksextremismus werde unterschätzt.

Die Fraktion der SPD sieht sich angesichts der Einlassung der Fraktion der CDU dazu genötigt, das Wort zu ergreifen und bezeichnet den Beitrag als „unterirdisch“.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließt sich der Kritik der Fraktion der SPD an.

Änderungsanträge werden nicht vorgelegt.

C Abstimmung

Der Innenausschuss empfiehlt gegen die Stimmen der Fraktion der AfD den Antrag der Fraktion der AfD - Drucksache 17/9803 - abzulehnen.

Daniel Sieveke
Vorsitzender